



AHA!

Rundbrief des Basler Appells gegen Gentechnologie 4|2004



Standpunkt

Im vergangenen März hat die ETH unter viel Getöse und gegen den Widerstand der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung in Lindau genmanipulierten Weizen freigesetzt. Es handelt sich zwar um ein antiquiertes Konstrukt aus der gentechnischen Steinzeit, das kein Anbauproblem löst. Aber die ETH hat sich und der Welt bewiesen, dass sie die Macht hat, ihren Willen durchzusetzen. Und darum geht es letztlich.

Im Mai hat die EU nach langem Machtpoker das faktische Zulassungsmoratorium für Genfood beerdigt und einen Süssmais der Firma Syngenta zugelassen. Ein Produkt zwar, das niemand will, und auf dessen Markteinführung deshalb selbst Syngenta verzichtet. Aber Syngenta hat sich und der Welt bewiesen, dass sie die Macht hat, ihren Willen auch gegen den Widerstand der Bevölkerung durchzusetzen.

Dass sich solche Machtdemonstrationen nächstens auch auf den Feldern und dem Buckel der Schweizer Bauern abspielen, muss unbedingt verhindert werden. Zu gross sind die Risiken und Nebenwirkungen für Umwelt und Landwirtschaft. Eine Chance, dies zu verhindern, bietet die Volksinitiative «für Lebensmittel aus gentechnikfreier Landwirtschaft», über die wir nächstes Jahr abstimmen werden. Sie fordert den zumindest vorläufigen Verzicht auf kommerziellen Anbau im Freiland. Auf dass sich und der Welt wenigstens hier keiner etwas beweisen muss.

Beat Aellen, Vorstand Basler Appell gegen Gentechnologie, Geschäftsführer «Gut statt Gen»



Die Pharmaindustrie forscht an Medikamenten nach Mass – doch zuerst braucht es zahlreiche Gentests von Probanden.

Medis nach Mass: Alles bloss Träume?

Massgeschneiderte Medikamente sind das Hauptthema der Studie, bei deren Erarbeitung der Basler Appell gegen Gentechnologie innerhalb einer Begleitgruppe als kritische Stimme mitgewirkt hat. Am 17. Mai wurde der Öffentlichkeit vom Zentrum für Technikfolgenabschätzung in Bern (TA-SWISS) die neue Studie mit dem Titel «Pharmakogenetik und Pharmakogenomik» vorgestellt.

Die Pharmakogenetik, womit die Nutzung der Erbinformation für die Entwicklung neuer und besserer Medikamente gemeint ist, steht bei Pharmariesen wie Roche zur Zeit hoch im Kurs. Die Hoffnungen und damit auch die Versprechungen sind wieder einmal gross: Künftige «Genom-basierte» Medikamente sollen gezielter einsetzbar sein und ausserdem weniger Nebenwirkungen aufweisen, also insgesamt wirksamer sein.

Erbgut soll entscheiden

Bis heute reagieren verschiedene PatientInnen unterschiedlich auf ein und dasselbe Medikament: Bei vielen wirkt ein bestimmtes Heilmittel wie erwartet, bei einigen bleibt die Wirkung aus und bei manchen können zum Teil schwere Nebenwirkungen auftreten. Solche Unterschiede, so die Hoffnungen, könnten genetisch bedingt sein, da sich unser Erbgut von Person zu Person minimal unterscheidet. Die Phar-

makogenetik befasst sich nun mit der verbesserten Wirksamkeit und Sicherheit von Arzneimitteln. Im Gegensatz dazu sucht die Pharmakogenomik nach Strategien zur Verbesserung der Arzneimittel-Entwicklung.

Roche an vorderster Front

Für einmal ist das Zentrum für Technikfolgenabschätzung, dessen Aufgabe es ist, «die Folgen moderner Technologien frühzeitig und umfassend abzuklären», rechtzeitig am Ball. Denn die Pharmakogenetik steckt noch in den Kinderschuhen. Gerade ein einziges Medikament ist bisher zugelassen, bei dem vor einer Verschreibung ein biochemischer Test erforderlich ist. Dies ist Herceptin, ein Brustkrebsmedikament, das nur bei etwa 25 bis 30 Prozent der Frauen mit Brustkrebs angewandt werden kann. Vermarktet wird das Medikament von Genentech (USA) und Hoffmann LaRoche. Die

(Fortsetzung Seite 2)

wenigen pharmakogenetischen und pharmakogenomischen Tests, die derzeit schon im Einsatz sind, untersuchen das Erbgut auf bestimmte genetische «Marker», für die ein Zusammenhang mit der Wirksamkeit und Toxizität von bestimmten Arzneimittel-Wirkstoffen bereits nachgewiesen ist. Personen, bei denen diese Marker gefunden werden, haben ein höheres Risiko, unter solchen Medikamenten Nebenwirkungen zu erleiden.

Daten sammeln für Genprofil

Das Beispiel Herceptin lässt ahnen, dass es sich auch hier um eine Forschungsrichtung handelt, wo Mythos und Wahrheit wieder einmal nahe beisammen liegen. Der Basler Appell gegen Gentechnologie kritisiert, dass die Diskriminierung einzelner PatientInnengruppen bereits programmiert ist. Weitere Probleme liegen auf der Hand. Versprochen wird eine «individuali-

sierte», «personalisierte» und «massgeschneiderte» Medizin. Um dies aber auch nur annähernd umzusetzen, werden riesige genetische Datenmengen benötigt werden, die in so genannten Biobanken gesammelt werden sollen. Die Gefahr des Missbrauchs solcher Daten ist akut. Weiter ist zu befürchten, dass wie auch bisher schon vor allem solche Medikamente entwickelt werden, die einen grossen Absatzmarkt versprechen; Medikamente für PatientInnen also, die dem genetischen «Mainstream» entsprechen oder die sich eine solche individualisierte Therapie leisten können. Menschen mit seltenen Ausprägungen des Erbguts geraten ins Hintertreffen. Die Entwicklungskosten für solche Gen-Medis werden astronomische Höhen erreichen. Ausserdem liegt nahe, dass sich Krankenkassen irgendwann einmal weigern könnten, Therapien zu bezahlen für PatientInnen, deren Genprofile teure Medikamente verlangen.

Luxuspharmaka statt Ursachen angehen

Und nicht zu vergessen: Weit verbreitete Krankheiten wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und die allermeisten Krebsarten sind stark von anderen Faktoren beeinflusst: Ernährung, Rauchen, Umweltverschmutzung oder Armut. Dasselbe gilt selbstverständlich auch für die Medikamentenwirksamkeit. Es wäre aus der Sicht des Basler Appells also wesentlich sinnvoller, Investitionen in sozialpolitische Massnahmen zu tätigen, statt massgeschneiderte Medikamente zu entwickeln. Nicht eine Luxusmedizin für Menschen mit bestimmten Genprofilen ist weltweit gefragt, sondern die Sicherung des Zugangs zu notwendigen Medikamenten und zu einer gesundheitlichen Grundversorgung.

Pascale Steck, Mitglied TA-Begleitgruppe

Die neue Studie der TA-SWISS kann bestellt werden unter www.ta-swiss.ch



Gegen 1000 Menschen aus der ganzen Schweiz versammelten sich am 6. Juni erneut beim ETH-Versuchsgelände in Lindau, um ihrem Ärger Luft zu machen. Im März war der auch vom Basler Appell bekämpfte Gentech-Weizen ausgesät worden. Auch der Basler Appell hatte sich im Vorfeld stark gemacht für das Protestfest mit Referaten, Musik und Info-Ständen.

EU-Moratorium fällt, Monsanto gewinnt

Der Verbraucherkommissar David Byrne ist seit langem bekannt für seine laxen Haltung: Lebensmittel aus gentechnisch veränderten Organismen seien ungefährlich und müssten deshalb auch in der EU zugelassen werden. In diesem Sinn sorgte er nun dafür, dass Mitte Mai in der EU erstmals seit fast sechs Jahren wieder ein gentechnisch verändertes Lebensmittel für den Markt zugelassen wurde – der Bt-11 Süssmais des Agromultis Syngenta. Damit ist das De-facto-Moratorium für Neuzulassungen wie befürchtet engültig gefallen. Laut EU-Kommission stehen weitere 33 Anträge für Neuzulassungen an.

Einzige Hoffnung bleibt, dass sich das Problem mangels Nachfrage wie in der Schweiz von selber erledigen wird. Obwohl in der Schweiz seit einigen Jah-

ren sowohl gentechnisch veränderter Mais als auch Gentech-Soja als Lebensmittel zugelassen sind, sind diese Nahrungsmittel in Schweizer Lebensmittelregalen dank Umweltschutzorganisationen wie dem Basler Appell gegen Gentechnologie und auch wegen der konsequenten Haltung der KonsumentInnen nicht zu finden. Ähnlich sind die Verhältnisse in der EU: So musste denn auch der Europachef von Syngenta vor der Presse zugeben, dass Syngenta ihren Mais trotz Zulassung in der EU vorerst nicht anbieten werde, zu gross sei hier noch immer die Ablehnung.

Erfolgreich ist auch der amerikanische Konkurrent von Syngenta, der Agrogigant Monsanto. Der Farmer Percy Schmeiser war seit längerem angeklagt,

gegen Patentrechte von Monsanto verstossen zu haben. Auf seinen Feldern in Saskatchewan, Kanada, war nämlich Gentech-Raps zu finden, für den er keine Lizenzgebühren bezahlt hatte. Wieso auch – der Roundup-Ready-Raps war nicht von Schmeiser ausgesät, sondern mit dem Wind von benachbarten Äckern herübergeweht worden und hatte sich – Gentech-Raps ist bekannt für eine rasche Ausbreitung – schnell vermehrt. Trotz der eindeutigen Sachlage entschied der Oberste Gerichtshof Kanadas gegen Percy Schmeiser. Der Farmer muss künftig für Roundup-Ready-Raps, der auf seinen Feldern wächst, bezahlen. Der einzige, allerdings mässige Trost: Die Gerichtskosten für den bereits seit sechs Jahren andauernden Rechtsstreit muss der Gentech-Konzern berappen.

«Medizin-Fortschritt ist mehr als Technik»

Neben den Grünen haben auch etliche ExponentInnen der SP das Referendum gegen das Stammzellenforschungsgesetz des Basler Appells unterstützt. «AHA!» befragte die Berner SP-Ständerätin Simonetta Sommaruga zu ihrer Motivation und zu den Auseinandersetzungen, die bis zur Abstimmung am 28. November zu erwarten sind.



Weshalb lehnen Sie das Stammzellenforschungsgesetz (StFG) ab?

Eine Vorbemerkung: Ursprünglich hiess das Gesetz «Embryonenforschungsgesetz», wurde dann aber umgeändert in «Stammzellenforschungsgesetz». Dies, weil man die Forschung an Embryonen herausnahm und nur noch die «Entnahme» von Stammzellen aus Embryonen im Gesetz liess. Dadurch werden die Embryonen ja nun aber auch zerstört, weshalb ich den Unterschied nicht sehe.

Wie auch immer – ich lehne das Stammzellenforschungsgesetz aus den drei folgenden Gründen ab: Erstens sind die Möglichkeiten der Forschung mit adulten Stammzellen noch längst nicht ausgeschöpft. Die Notwendigkeit, schon heute an embryonalen Stammzellen zu forschen, ist nicht gegeben. Zweitens hat das Parlament meines Erachtens zu wenig berücksichtigt, dass dieses neue Gesetz nicht verfassungskonform ist. Die Bundesverfassung untersagt die Forschung am Embryo. Drittens wehre ich mich dagegen, dass menschliches Erbgut patentiert wird. Genau dies geschieht aber mit dem neuen Gesetz.

Die Fraktion der SP war in dieser Frage gespalten – was ist der Grund für die Differenz?

Die Mehrheit der SP-Fraktion steht dem neuen Gesetz kritisch gegenüber.

Einig sind wir uns darin, dass die Patentierung von menschlichen Zellen abzulehnen ist. Unterschiede gibt es bei der Beurteilung, ob Embryonen, die ausserhalb des Körpers der Frau gezeugt wurden und aus irgendwelchen Gründen nicht mehr eingesetzt werden können, der Forschung zur Verfügung gestellt werden sollen, oder ob die damit verbundene Zweckentfremdung abzulehnen ist.

Sind die Positionen im Parlament stabil, oder waren sich viele nicht bewusst, über was sie abstimmten? Und falls ja, an was lag es?

Die Fragen rund um die Stammzellenforschung sind äusserst komplex. Es ist schwierig, im Parlament über ethische Fragen zu diskutieren. Deshalb werden die Fragen reduziert auf: Wer ist forschungsfreundlich und wer ist forschungsfeindlich? Oder: Wer ist für den Fortschritt und wer ist dagegen? Solche Fragestellungen kommen der interessierten Industrie entgegen oder werden von ihr auch so gesteuert. Ich glaube nicht, dass sich die Positionen noch stark verändern werden.

Laufen Sie nicht Gefahr, mit AbtreibungsgegnerInnen aus der konservativen religiösen Ecke in einen Topf geworfen zu werden?

Ich habe meine persönlichen Argumente gegen das Gesetz erwähnt und werde diese in der Öffentlichkeit auch so vertreten. Von den konservativ religiösen Kräften werde ich mich in aller Form distanzieren.

Stammzellen, Klonen und Ähnliches – wie vermittelt man solche komplexe medizinische Themen den StimmbürgerInnen?

Das ist tatsächlich keine leichte Aufgabe. Als die interessierte Forschung und die Industrie merkten, dass es gegen die damals noch «Embryonenforschungsgesetz» genannte Vorlage Widerstand gibt, wirkten sie im Parlament darauf hin, dass man das Gesetz «Stammzellenforschungsgesetz» nennt – weil dann das Thema weniger emotional besetzt ist.

Die Chemie wird im November Unsummen für ein Ja einsetzen – hat die Opposition überhaupt eine Chance?

Die Mittel im Abstimmungskampf werden einmal mehr sehr ungleich verteilt sein. Wenn die Chemie Millionen aufwirft, macht sie damit aber deutlich, dass es bei der Stammzellenforschung um sehr viel Geld geht. Die Patentierung von menschlichen Zellen ist ein Wettlauf mit der Zeit. Da werden ethische Fragen in den Hintergrund gedrängt.

Ihre Prognose für das Abstimmungsergebnis?

Ich stelle immer wieder fest, dass man die Menschen mit der Hoffnung, Krankheiten heilen zu können, sehr gut abholen kann. Das ist auch verständlich. Vielleicht wächst aber mit der Zeit auch die Skepsis gegenüber diesen Heilsversprechen. Das könnte zur Einsicht führen, dass der Fortschritt in der Medizin nicht unbedingt in immer neuen und ethisch problematischen Technologien liegt. Den Fortschritt müssen wir meines Erachtens viel mehr in der Menschlichkeit und in der Würde – auch angesichts des Todes – suchen. Unabhängig vom Ausgang der Abstimmung werden die Diskussionen über das Stammzellenforschungsgesetz Gelegenheit geben, darüber nachzudenken.

Briten eröffnen «Stammzellen-Bank»

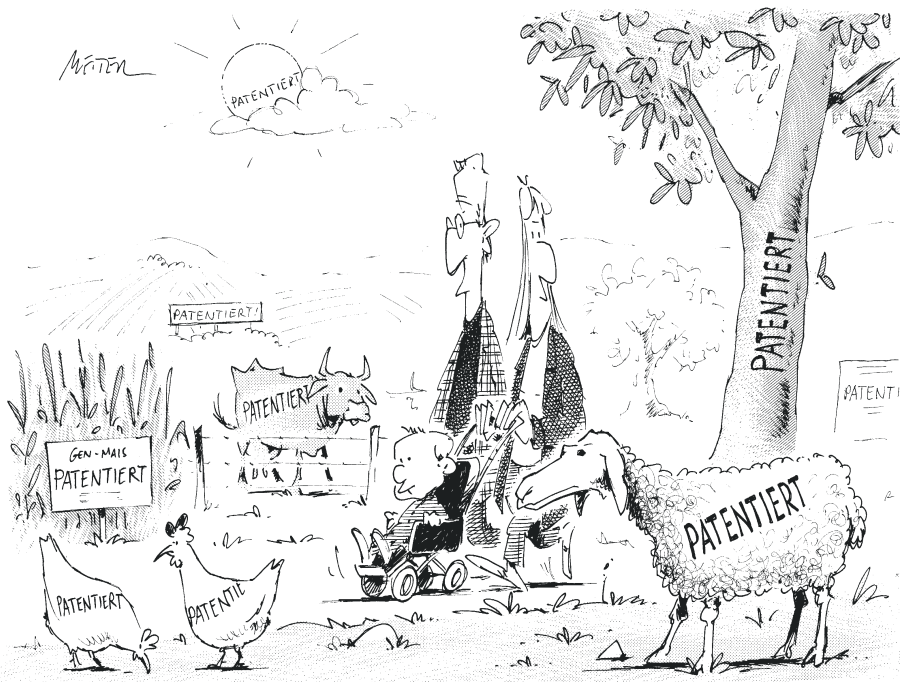
Embryonale Stammzellen sollen zum Millionengeschäft werden – und für ein ordentliches Geschäft braucht eine Bank. Nur folgerichtig deshalb, dass laut «NZZ» Ende Mai in Potters Bar in der englischen Grafschaft Hertfordshire die erste Bank für embryonale Stammzellen öffnete. Im gekühlten Lager sollen Zehntausende von Zelllinien aufbewahrt werden und für Forschungszwecke sowie Therapien bereitgestellt werden. Grossbritannien betritt damit Neuland im umstrittenen Business mit embryonalen Stammzellen.

Mitteilungsblatt
 des Basler Appells
 gegen Gentechnologie
 Murbacherstrasse 34
 Postfach 205
 4013 Basel
 (im Mitgliederbeitrag inbegriffen)

14. Jahrgang, Nummer 90

Tel. 061 692 01 01
 Fax 061 693 20 11
 info@baslerappell.ch
 www.baslerappell.ch
 Postkonto 40-26264-8
 Datum: 14. Juni 2004
 erscheint 6 x jährlich

Druck
 Phoenix Druck, 4057 Basel
 Auf Schweizer Papier
 (Recyclingqualität),
 mit Ökofarben gedruckt



Dafür stehen wir ein

Der Basler Appell gegen Gentechnologie wurde 1988 in Basel anlässlich eines gentech-kritischen Kongresses gegründet. Er hat über 1050 Mitglieder in der ganzen Schweiz und nochmals so viele SympathisantInnen. Wir setzen uns insbesondere ein für folgende Forderungen:

- Keine Patente auf Leben
- keine Freisetzung von gentechnisch manipulierten Lebewesen
- keine genmanipulierten Lebensmittel
- keine gentechnischen Eingriffe beim Tier
- demokratische Kontrolle der Forschung in Gen- und Reproduktionstechnologie

- Mitbestimmung der Bevölkerung bei gentechnischen Grossprojekten
- keine gentechnische Auswahl und Genmanipulationen beim Menschen.

Der Basler Appell finanziert sich ausschliesslich durch Mitgliederbeiträge und Spenden – herzlichen Dank!

**AZB
4013 Basel**

Adressänderungen der Post kosten uns Fr. 2.– – bitte bei Umzug neue Adresse melden!

- Ich werde Mitglied beim Basler Appell**
 (Fr. 100.–, Wenigverdienende Fr. 35.–/Jahr inkl. Abo «Rundbrief AHA!»)
- «Rundbrief AHA!», Abo Fr. 20.–
- «Pressespiegel Gentechnologie», Probenummer gratis
- «Pressespiegel Gentechnologie», Abo Fr. 60.– (Mitglieder Fr. 35.–)

Bitte schicken Sie mir folgendes Material (bis Fr. 10.– Betrag in Briefmarken beilegen; für höhere Beträge erfolgt Versand mit Rechnung):

- ...Ex. «Gentests – das gefährliche Versprechen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Embryonenführer», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Basler Appell gegen Gentechnologie», Infobroschüre, kostenlos
- ...Ex. «Von Embryonen und Stammzellen», Broschüre, kostenlos
- ...Ex. «Herz vom Schwein?», Broschüre, Fr. 5.–
 (ab 10 Ex./Mitglieder Fr. 3.–)
- ...Ex. «Finger ab de Röschi», Broschüre, Fr. 5.–
 (ab 10 Ex./Mitglieder Fr. 3.–)
- ...Ex. «10 Jahre Basler Appell», Postkartenset, Fr. 15.–
- ...Ex. «Die Genjäger», EvB-Broschüre, 24 Seiten A5, Fr. 4.–
- ...Ex. «Schwarzer Tod und Amikäfer», Broschüre, Fr. 10.– (Mitglieder Fr. 5.–)
- ...Ex. Politische Ökologie 81-82: «Genopoly – Das Wagnis grüne Gentechnik», Fr. 22.– (Mitglieder Fr. 18.–)
- ...Ex. «Gentechnisch hergestellte Medikamente», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Gentherapie», Faltblatt, kostenlos
- ...Ex. «Deklaration gentechnisch veränderter Lebensmittel in der Schweiz», Faltblatt, kostenlos d f i
- ...Ex. Dossier Gentechfrei – wir sind dabei!
- ausführliche Materialliste

Einsenden an: Basler Appell gegen Gentechnologie, Postfach 205, 4013 Basel
Bitte Absender nicht vergessen!

Adressberichtigung melden